

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1930

24.10.1930 (No. 248)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:

Karl-Friedrich-
Straße Nr. 14
Fernsprecher
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 9515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Eintragelger:
Chefredakteur
G. K. n. e. b.
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM, einjähr. 36 RM, einschließlich Postgebühren. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Seitenfeld Breite. Briefe sind selber frei. Bei Wiederholungen tariflicher Rabat, der als Kassenrabat gilt und bevorzugt werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Verbreitung und Kontroversverfahren fällt der Rabat fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Abonnent keine Ansprüche, und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Absetzung der Zeitung kann nur bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Genossenschaftsblätter für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Was muß man von der Fürsorge für Krebskranke wissen?

Von Präsident Kaufsch,
Vorsitzender des Bad. Landesverbandes zur Bekämpfung des Krebses

Bereits im Juli 1928 tagte eine größere Versammlung von Vertretern aus allen interessierten Kreisen Badens (Minister, Ärzte, Sozialpolitiker, Fürsorgeträger usw.), mit dem Ergebnis, daß alle Beteiligten die Gründung eines „Bad. Landesverbandes zur Bekämpfung des Krebses“ als unumgängliche Notwendigkeit anerkannten und einen vorbereitenden Ausschuss mit der Erledigung der Vorarbeiten beauftragte.

Am 22. März 1929 wurde sodann der „Bad. Landesverband zur Bekämpfung des Krebses“ gegründet, mit der Zweckbestimmung, die Volksgesundheit, von welcher keine Schicht der Bevölkerung verschont wird, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu bekämpfen.

Der Verband hat seither eine äußerst rege Tätigkeit entwickelt. Diese erstreckt sich vor allem darauf, Krebskranke möglichst frühzeitig zu erfassen und durch entsprechende Maßnahmen vorbeugend und helfend einzugreifen. Immer wieder muß darauf hingewiesen werden, daß es leichter ist, vorzubeugen, als zu heilen, und daß eine rechtzeitige Untersuchung unbedingtes Erfordernis ist. Neben der Unterstützung der Forschung ist es eine seiner Hauptaufgaben, durch aufklärende Vorträge und Schriften das Verständnis der Bevölkerung hierfür zu wecken. Die besonnenen Organe der badischen Ärzteschaft, sowohl die Bad. Ärztekammer, als auch die Ärztliche Landeszentrale für Baden haben sich in dankenswerter Weise in den Dienst dieser guten Sache gestellt.

Durch den „Bad. Landesverband zur Bekämpfung des Krebses“ sind nachstehende „Zentralen Untersuchungs- und Fürsorgetellen zur Verhütung und Bekämpfung von Geschwulstkrankheiten“ errichtet worden:

- die Chirurg. Universitäts-Poliklinik in Heidelberg,
- das Samariterhaus in Heidelberg,
- die Röntgen-Radiumabteilung des Städt. Krankenhauses in Mannheim,
- die Röntgen-Radiumabteilung des Städt. Krankenhauses in Karlsruhe,
- das Röntgen-Institut des Städt. Krankenhauses in Offenburg,
- die Med. Universitäts-Poliklinik in Freiburg.

Eine weitere Untersuchungsstelle soll in Konstanz eingerichtet werden.

In diesen, allen modernen Anforderungen der Wissenschaft und der Technik diagnostisch und therapeutisch entsprechenden Untersuchungsstellen können von ärztlicher Seite zugewiesene Minderbemittelte völlig kostenlos untersucht und beraten werden. Diese Untersuchungsstellen sind ermächtigt, in dringenden Fällen die notwendige Behandlung (ambulante Bestrahlung oder Krankenhausaufenthalt) im Benehmen mit dem zuweisenden Arzt sofort zu veranlassen. Notwendige Formalitäten bezüglich der endgültigen Kostenbedeutung werden nachträglich erledigt. Die vorläufige Sicherung der Kosten übernimmt der Landesverband und sucht dann seinerseits wieder, soweit möglich, Ersatz von den leistungspflichtigen Versicherungs- oder Fürsorgeträgern zu erhalten. Ist dies nicht möglich, so kann der Landesverband bei Durchführung oder Fortsetzung der oft sehr lange dauernden Krankenhaus- oder Klinikbehandlung von Minderbemittelten die nicht unbeträchtlichen Kosten ganz auf sich nehmen.

Des weiteren gewährt der Landesverband für in häuslicher Pflege sich befindende, bedürftige Krebskranke Mittel zu medizinischen oder wirtschaftlichen Hilfsmaßnahmen (Beschaffung von Medikamenten und besserer Ernährung, Bestellung von Hauspflegerinnen, Ergänzung von Wäsche usw.). In Fällen weit vorgeschrittener Krebskrankheit, in denen die häuslichen Verhältnisse eine zweckmäßige Pflege unmöglich machen, oder in denen die Schwerkranken ihrer Umgebung lästig und unmöglich sind, sorgt der Landesverband für Unterbringung in entsprechenden Anstalten.

Der Landesverband richtet ferner sein Augenmerk auf die ergänzende Ausbildung der Fürsorgetätigen.

In weitgehendem Maße leistet der Landesverband Zuschüsse zu den Kosten der Röntgen- und Radiumbestrahlung, welche neben der operativen Behandlung die wirksamste Bekämpfung der Krebskrankheit darstellt. Leider sind die meisten unserer sechs „Zentralen Untersuchungs- und Fürsorgetellen“ nicht mit solchen Mengen Radium ausgestattet, die zur Behandlung größerer Geschwülste absolut notwendig wären. Um diesem Mangel abzuwehren, hat sich der Landesverband entschlossen, in der Zeit vom 9. bis 15. November d. J. eine öffentliche Straßen- und Hausammlung in ganz Baden zu veranstalten und das Ergebnis derselben zur Beschaffung von Radium zu verwenden. Dieses soll sodann auf die Untersuchungsstellen des Landesverbandes verteilt werden, damit diese wenigstens in den Besitz einer notwendigen Mindestmenge desselben kommen. Ein einziges Gramm dieser kostbaren Substanz kostet heute leider immer noch zirka 275 000 Reichsmark! Im Hinblick hierauf bitten wir, unsere Straßen- und Hausammlung nachdrücklich zu unterstützen.

Allen Gebern wird der Dank unserer Kranken von ganzem Herzen sicher sein.

Grüner an die Offiziere der Reichswehr. Dem „Dem. Zeitungsdienst“ zufolge hat der Reichswehrminister Grüner nach dem Abschluß des Prozesses vor dem Reichsgericht in Leipzig an die Offiziere der Reichswehr einen Erlaß gerichtet, in dem darauf verwiesen wird, daß der Reichswehrminister es als eine Verbindlichkeit zurückweisen müsse, wenn ihm die nationale Gefährdung abgeprochen würde. Weiterhin hat der Reichswehrminister in absolut einseitiger Form die Offiziere noch einmal auf die unbedingte Pflicht zum Gehorsam hingewiesen.

Letzte Nachrichten

Die Verhandlungen im Metallarbeiterkonflikt

Montag Fortsetzung

M. Berlin, 24. Okt. (Priv.-Tel.). Wie wir erfahren, ist, nachdem die gestrigen Nachverhandlungen über den Antrag auf Verbindlichkeitsklärung des Schiedsspruches vom 10. Oktober für die Berliner Metallindustrie kein Ergebnis hatten, sondern zur Vertagung führten, ein Unterausschuß eingesetzt worden, dessen Mitglieder sich zur strengsten Verschwiegenheit verpflichtet haben. Es wird über die Verhandlungen, die am Montag wieder aufgenommen werden, keinerlei Bericht an die Öffentlichkeit gelangen. An amtlichen Stellen wendet man sich sehr empört gegen die Sensationsmeldung eines Berliner Mittagsblattes, wonach eine drohende Aussperrung für ganz Deutschland bereits ernsthaft in Betracht komme. Zu einer solchen Alarmnachricht liegt nicht die mindeste Veranlassung vor.

Die gestrigen Verhandlungen zogen sich bis in die späten Abendstunden hin. Es zeigte sich sehr schnell, daß eine Einigung über den Schiedsspruch nicht zu erzielen war. Der Vorsitzende des Metallarbeiterartells gab nochmals eine kurze Begründung dafür, daß die Gewerkschaften den Schiedsspruch ablehnen. Nach ihrer Ansicht sei die Kohnentung nach der Wirtschaftslage ungerechtfertigt. Auf der anderen Seite wies der Syndikus des Verbandes der Berliner Metallindustriellen, Rechtsanwalt Oppenheimer, darauf hin, daß die Arbeitgeberseite die Verbindlichkeitsklärung des Schiedsspruches beantragt habe, abgesehen davon, daß die Wünsche der Metallindustriellen Rechnung trage. Dabei bezog sich Syndikus Oppenheimer auf die Begründung, die der Schlichter dem Schiedsspruch gegeben hat. Damit war klar, daß eine Einigung auf diese Weise aussichtslos ist. Der den Vorsitz führende Ministerialdirigent machte nun den Versuch, die beiden Parteien doch noch in anderer Form zusammenzubringen. Es wurde dabei eine engere Kommission gebildet. Sie legte sich aus je fünf Vertretern der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber zusammen. Aber auch diese Verhandlungen zeitigten keinen Erfolg, so daß man die Vertagung beschloß.

Formell läge bereits die Entscheidung beim Reichsarbeitsminister, der darüber zu befinden hat, ob er nach dem Scheitern der Verhandlungen den Schiedsspruch für verbindlich erklären will oder nicht. Der Leiter der Verhandlungen hält ihm heute Vortrag.

Der Reichskanzler beim Reichspräsidenten

W.D. Berlin, 24. Okt. (Tel.). Der Reichspräsident empfing heute vormittag den Reichskanzler Dr. Brüning zum Vortrag.

Gittler will auf das Angebot Hervés antworten

W.D. München, 24. Okt. (Tel.). Zu einem Telegramm Arnold Heubergs an Adolf Gittler über das Verhandlungsangebot Gustave Hervés bemerkt der „Völkische Beobachter“, Adolf Gittler werde seine Antwort in dem Blatt am Samstag bekanntgeben. Die Meldung verschiedener Blätter, daß Adolf Gittler 1919 Reichstagsabgeordneter gewesen sei, wird vom „Völkischen Beobachter“ als unwahr bezeichnet.

Die Kieler Unterschlagungen vor Gericht

W.D. Kiel, 24. Okt. (Tel.). Der Prozeß wegen der Unterschlagungen auf dem Marinewerftdepot Dietrichsdorf begann heute vormittag vor dem hiesigen Großen Schöffengericht. 17 Angestellte und Arbeiter des Depots in Dietrichsdorf sowie verschiedene Kaufleute aus Kiel werden beschuldigt, seit Jahren Gegenstände aus dem Besitz des Depots verschoben zu haben. Zu Beginn der Verhandlung beantragte Oberstaatsanwalt Dr. Max zunächst den Ausschluß der Öffentlichkeit, dem das Gericht auch entsprach. Drei Beauftragten der Marine sowie drei Pressevertretern wurde jedoch unter Aufsetzung des Schweigebotes gestattet, im Saale zu verbleiben. Aus praktischen Gründen wurde sodann eine interne Vernehmung im Depot zuerst verhandelt und der Hauptprozeß auf 2 Uhr nachmittags vertagt. Man hofft, den Prozeß am Samstagabend zu beenden.

Oberbürgermeisterkrise in Girsberg

W.D. Girsberg, 24. Okt. (Tel.). Die Girsberger Stadtverordnetenversammlung hat gestern in geheimer Sitzung in Anwesenheit von Oberregierungsrat Dr. Richter als Vertreter der Aufsichtsbehörde in namentlicher Abstimmung mit 17 gegen 12 Stimmen bei 2 Enthaltungen einen Antrag angenommen, der den Oberbürgermeister Dr. Kieckert ersucht, sich bis Ende seiner Wahlperiode, d. i. 1932, zur Verfügung zu stellen, da ein gedeihliches Zusammenarbeiten mit ihm nicht mehr möglich ist.

Staatssekretär z. D. Kempkes hat die von ihm seit langen Jahren innegehabte Stellung als Leiter der Parteioffiziersorganisation der Deutschen Volkspartei niedergelegt. Dieser Entschluß ist — wie erklärt wird — auf persönliche Gründe zurückzuführen.

Wirtschaftliche Umschau

Der Rückgang des Alkoholkonsums — Seine wirtschafts-
politische Seite — Aluminium

Der starke Rückgang des Konsums an alkoholischen Getränken, der in Deutschland zu verzeichnen ist und zeigt, daß die Gefahr einer Zunahme des Alkoholismus nicht besteht, ist zwar im Interesse der Volksgesundheit hoch erfreulich, hat aber daneben auch eine volkswirtschaftliche und finanzpolitische Seite. Die deutsche Landwirtschaft hängt in verschiedener Weise und in stärkstem Maß von dem Gedeihen der Gärungsgewerbe, erzeugen sie nun Wein, Bier oder Branntwein, ab. Schlechter Weinabsatz trifft unmittelbar die Winzer, Rückgang des Absatzes der Brauereien den Hopfen- und Gerstenbau, verringerter Branntweinkonsum den Kartoffel-, Getreide-, Obst- und Weinbau, wie sich auch geringer Beschäftigungsgrad der Gärungsgewerbe, vor allem der Brauereien, auch für die darin beschäftigten Arbeitskräfte auswirkt. Die Brauereien selbst haben sich allerdings durch rechtzeitige Abschreibungen und vorsichtigeren Ausbau besser geschützt als andere Unternehmungen. Dabei befinden sich fast alle landwirtschaftlichen Produktionszweige an und für sich schon in schwierigster Lage. Und ebenso ist es ja auch mit den öffentlichen Finanzen; es entstehen hier neue Schwierigkeiten und Defizite, und es ist vor allem mit der Lastfrage zu rechnen, daß hier neue Steuererhöhungen nicht Mehreträge sondern eher Mindereträge bringen werden, was sich ja auch bei Bier und Branntwein schon gezeigt hat. Es handelt sich um sehr erhebliche Summen, da z. B. der Ertrag der Reichs- und der Gemeindebesteuerung in Deutschland für 1929/30 auf rund eine halbe Milliarde Reichsmark zu veranschlagen ist, die Steuer- und Zolleinnahmen von Branntwein 1928/29 334 Mill. Reichsmark betragen.

Auf dem diesjährigen Münchner Oktoberfest wurden 2000 Hektoliter Bier weniger getrunken als im vorigen Jahr, die Berliner Brauindustrie berichtet über einen Rückgang des Absatzes bis zu 30 Proz., die Dortmunder über einen solchen von 20 Proz. Daran ändert es nichts, daß eine Brauerei wie die Karlsruher Brauerei Moninger den Vorkriegsabatz im vorigen Jahr überholt hat. Wie es mit dem Weinabsatz ausfällt, merken wir in nächster Nähe und in der benachbarten Pfalz, wo das Vierteljahr Wein verschiedentlich schon zu 15 Pf. im Kleinausschank zu haben ist. Der Absatz an Trinkbranntwein ist in diesem Rechnungsjahr auf 356 000 Hektoliter (im Vorjahr 624 000) zurückgegangen (demgemäß die Erträge der Reichsmonopolverwaltung trotz Erhöhung des Steuerfahses), so daß die Monopolverwaltung bereits eine weitere Einschränkung der Brennerei beantragt hatte, in einem Jahr, das die größte Kartoffelernte der Nachkriegszeit verzeichnet. Nicht nur das Reich, auch die Gemeinden müssen mit diesem Konsumrückgang bei Einführung der ihnen durch die Notverordnung zugeteilten neuen Bier- und Gemeindegetränksteuern rechnen.

Der Rückgang des Alkoholkonsums ist durchaus nicht nur auf die schwierige Wirtschaftslage zurückzuführen, auch weniger auf die Propaganda der Alkoholgegner als darauf, daß immer breitere Schichten sich der Ausübung sportlicher Betätigungen widmen und sich an eine gesündere Lebensweise dabei gewöhnt haben, ohne zur Vollabstinenz überzugehen. Erfichtlich wird diese Lastfrage besonders bei einem Vergleich mit dem Vorkriegskonsum an Branntwein, der zuletzt 1,8 Mill. Hektoliter pro Jahr betrug und somit seitdem auf ein Fünftel zurückgegangen ist. Zu wünschen wäre aber, daß endlich und vor allem der Konsum ausländischer alkoholischer Getränke eingeschränkt wird. Dieses ist aber leider nicht der Fall. Seit dem Vorjahr ist die Einfuhr von böhmischem Bier sogar gestiegen, und Deutschland ist der Hauptabnehmer der tschechischen Bierausfuhr, die im 1. Halbjahr 1929 nach Deutschland 93 000 Hektoliter betrug!

Der Landwirtschaft werden alle Stützungsmaßnahmen und ähnliche Mittel angesichts solcher Entwicklung nur beschränkte Hilfe bringen können. Sie wird gar nicht anders können, als ihre Produktion dort umzustellen, wo es einigermaßen möglich ist. Solche Umstellungen sind nach den Produkten hin vorzunehmen, die wir in großen Mengen aus dem Ausland beziehen. Während große Weinmengen nicht absehbar sind, Hopfen verschiedentlich gar nicht gepflückt wird und Kartoffelmengen zugrunde gehen, führen wir für Milliarden landwirtschaftliche Er-

zeugnisse aus dem Ausland ein. Vorerst ist der Aus-
schluß von Auslandshopfen bei der Bierherstellung, För-
derung der Kartoffelstärkeherstellung statt der aus einge-
führtem Mais ebenso wichtig wie alle Maßnahmen, welche
die im Übermaß vorhandenen Roggenmengen der Ver-
wendung an Stelle von Einfuhrgetreide zuführen. Hier-
zu gehört auch die auf Antrag der süddeutschen Bren-
nereibände nun für das laufende Betriebsjahr gestat-
tete Verwendung des Roggens an Stelle von Mais ohne
brennrechtliche Nachteile, wobei der so gewonnene Korn-
branntwein an die Monopolverwaltung abgeführt wird.

Die Förderung auf eine gründliche Reform des
Branntweinmonopols wird nun aufs neue erhoben. In
einer Eingabe weist der Verband deutscher Spiritus-
interessenten auf den auf das Vielfache des Notwendigen
anwachsenden Branntweinbestand der Monopolverwal-
tung hin, der übermäßige Unkosten verursache und den
fiskalischen Reinertrag schmälere. Im Gegensatz zu dem
Vorschlag der Monopolverwaltung, das Brennrecht, das
das letzte Jahr 80 Prozent betragen hatte, auf 51 Pro-
zent herabzusetzen, verlangte die Landwirtschaft zunächst
die Erhöhung auf 100 Prozent, erklärte sich dann mit
einer Wiederfestsetzung auf 80 Prozent zufrieden.
Schließlich kam man auf Vorschlag des Reichsernährungs-
ministers auf 70 Prozent für die Verarbeitungskampagne
1930/31, wobei der Übernahmepreis von 63 auf 51
Reichsmark herabgesetzt werde, da er trotzdem dem Bren-
ner einen guten Nutzen läßt. Man zeigt sich so bestrebt,
auf diese Weise die Kartoffelpreise zu stützen.

Was allerdings mit dem Spiritus geschehen soll, ist
die andere Frage; denn allein der Absatz von Trinf-
branntwein ist für das Reich gewinnbringend. Im letz-
ten Quartal 1929/30 wurden nur 86 300 Sektoliter
Trinfbranntwein abgesetzt, während zu ermäßigten Ver-
kaufspreisen 369 000 Sektoliter Spirit verkauft wurden,
für motorische Zwecke 63 300 Sektoliter, eine, trotz des
Spritbeimischungszwangs für Antriebszwecke nicht er-
höhte Menge, da die Benzinfirmen sich von der Bei-
mischung durch Barzahlung loskauften. Es steht ihnen
nämlich bisher frei, die Alkoholmengen entweder effe-
ktiv zu beziehen oder sich durch Zahlung eines entspre-
chenden Ablösungsbetrags von der Bezugspflicht zu ent-
binden. Jetzt ist geplant, diese fakultative Bezugspflicht
in einen effektiven Beimischungszwang unter Erhöhung
der Bezugsquote umzuwandeln. Die Benzinfirmen, die
also gezwungen werden sollen, künftig Alkoholkräftstoffe
herzustellen, wehren sich dagegen schon wegen der not-
wendig werdenden neuen Einrichtungen, welche eine neue
Belastung der Kraftstoffwirtschaft bedeuten würden.

Das europäische Aluminiumkartell hat auf deutschen
Antrag den Aluminiumpreis von 95 Pfund Sterling
um 10 Pfund Sterling auf 85 Pfund Sterling pro
Tonne herabgesetzt. Der Grund ist ein starker Ver-
brauchsrückgang auch in diesem Metall, wozu noch eine
erhebliche Überproduktion kommt. Durch die Preis-
herabsetzung will man offensiv verbrauchsanregend
wirken. Freilich hat nun die deutsche Fertigwaren-
industrie für einen Teil der Halbfabrikate, für die der
Aluminiumwalzwerkverband die seit März geltenden
Kampfspreise jetzt aufgehoben hat, trotz der Preisherab-
setzung für Rohaluminium sogar höhere Preise zu be-
zahlen. So wird natürlich der Zweck der Verbrauchs-
anregung nicht erreicht, es sei denn, daß die Fertigfabri-
kanten, die in dieser Woche in Köln tagen, trotzdem
Preisermäßigungen beschließen, wie sie ja auch bereits
vor etwa Jahresfrist trotz unveränderter Halbzeug-
preise einen solchen Beschluß faßten. Das Reich, das
durch seinen Besitz der Vereinigten Aluminiumwerke in
der Walzwerkindustrie weitreichenden Einfluß besitzt,
wurde bereits aufgefordert, auch dieser Sachlage Auf-
merksamkeit zuzuwenden.

Die deutsche Aluminiumherzeugung ist die größte der
europäischen Länder und befindet sich überwiegend im
Besitz des Reiches, dessen großer Holdinggesellschaft, der
„Vereinigten Industrieunternehmungen AG. (Vig)“, die
Vereinigten Aluminiumwerke AG. in Rautau und Greben-
broich und die Zinnwerke in Töging (Bayern) angehö-
ren. Die deutsche Erzeugung betrug 1929 32 000 Ton-
nen (die gesamte europäische 132 500 Tonnen, ebensoviel
wie die Gesamtordamerikas), die in letzter Zeit noch
weiter ausgebaute deutsche Kapazität über 40 000 Ton-
nen. Ein wichtiges Aluminiumwerk, 1898 als das erste
in Deutschland begründet, besitzt Baden in Rheinfelden,
das einem schweizerischen Konzern, der Aluminium-
industrie-AG. in Neubausen angehört, und das seine
Kapazität nun auf 4000 Tonnen jährlich vergrößert.
Dazu hat Baden auch eine Reihe bedeutender alumi-
niumverarbeitender Fabriken. Die verarbeitende In-
dustrie hat über starkes Sinken des Inlandabsetzes zu
klagen, während der Auslandsabsatz, wenn auch nur mit
Hilfe von Preis Konzessionen gesteigert werden konnte.
Ein bisher allerdings sehr liberal gehandhabtes, bedin-
tes Aluminiumimportverbot wurde in diesem Jahr in
einen Zoll umgewandelt, der am 1. August in Kraft
trat. Verschiedene deutsche Fabriken, die zum Teil ameri-
kanisches Aluminium verarbeiten, sind in amerikanischer
Sand und stellen Halb- und Fertigfabrikate, namentlich
für den Export, her. Der amerikanische Mellontrust, ge-
gen den sich die europäische Preisherabsetzung richtet, ist
der stärkste Konkurrent Europas. Die Preisherabset-
zung soll außerdem die Konkurrenzfähigkeit des zu
immer neuen Verwendungszwecken gelangenden „Wei-
ßen Metalls“ gegenüber anderen Metallen stärken. *

Die Alsdorfer Katastrophe

Der Ursprung noch rätselhafter als bisher

Wie von unterrichteter Seite verlautet, beträgt die Zahl der
Toten des Unglücks von Alsdorf bisher 255 — einschl. von 16
Bergleuten, die im Krankenhaus starben. Im Krankenhaus
liegen jetzt noch 92 Verletzte. Die Zahl der Toten, die noch
unter Tage liegen, dürfte gering sein.

Wie die Untersuchung weiter ergeben hat, ist das kleine
Benzinlager über Tage unverfehrt; die Benzolantwagen der
Benzololomotiven unter Tage sind unbeschädigt vorgefunden
worden. Damit ist die Ursache der Explosion noch rätselhafter
geworden als bisher.

Die Aufräumungsarbeiten

W.D. Alsdorf, 24. Okt. (Tel.) Die Aufräumungsarbeiten
in dem zerstörten Verwaltungsgebäude des Schachtes Anna II
sind soweit fortgeschritten, daß ein Büroraum freigelegt werden
konnte, in dem sich eine vollständig erhaltene Kartothek mit
den Namen der auf dem Schacht beschäftigten Arbeiter befand.
Da bisher die Feststellung der Opfer der Katastrophe infolge
des Fehlens einwandfreier Unterlagen außerordentlich er-
schwert war, kommt diesem Fund besondere Bedeutung zu.

Die Arbeiten über und unter Tage werden mit fieberhaftem
Eifer fortgesetzt. Die Pflichttreue und Aufopferungsbereitschaft,
mit der die Mitglieder der Bergungs- und Sanitätskolonnen
sowie die freiwilligen Helfer gearbeitet haben, wird allgemein
besonders hervorgehoben. Es sind Fälle bekannt, in denen an
dem Rettungswert Beteiligte unter größten körperlichen
Anstrengungen und trotz ungeheurer psychischer Beanspra-
chung durch die fürchterlichen Einbrüche der Katastrophe 48
Stunden, ja noch mehr, fast ohne Erholungspause durchgehal-
ten haben.

Morgen Beisetzung der Opfer

Die Gemeinde Alsdorf hat einen Friedhof abstecken lassen,
der heute von 200 Arbeitern vorbereitet wird. Das Gelände
liegt zwischen Tannenwald und Weidenbäumen. Es sind vier
große Gräberreihen vorgezeichnet, durch deren Mitte ein Weg
führen wird. Diese Stätte wird der Mittelpunkt des zukünf-
tigen Gedenkfriedhofs sein. — An eine Trauerfeier, die am
Samstagvormittag um 11 Uhr im Verwaltungsgebäude der
Grube stattfindet, wird sich die Beerdigung anschließen.

Im Reichstag gedachte am Donnerstag Reichsinnenminister
Dr. Wirth der Opfer des Alsdorfer Grubenunglücks.

Aus Anlaß der Beisetzung der Opfer des Grubenunglücks
bei Alsdorf legten am Samstag in Berlin an Anordnung
der Reichsregierung und der preussischen Staatsregierung die
öffentlichen Gebäude die Flaggen auf Halbmaß.

Der Regierungspräsident hat für den Bereich des ganzen
Regierungsbezirks Aachen angeordnet, daß an diesem Tage
alle öffentlichen Lustbarkeiten und Vergnügungen, einschließlich
der Theaters-, Konzert- und Kinovorführungen, zu unterbleiben
haben.

Der Gouverneur der holländischen Bergwerksprovinz Lim-
burg hat eine Hilfsaktion zugunsten der Hinterbliebenen der
Grubenkatastrophe in Alsdorf angeregt.

Kommunistische Demonstration in Alsdorf

Donnerstag abend hatten sich einige hundert Kommunisten
auf dem Marktplatz in Alsdorf zu einer Kundgebung versam-
melt. Der Landtagsabgeordnete Sobotta hielt eine Rede, in
der er Vorwürfe gegen die Verwaltung des Schweizer Berg-
werkvereins, die Bergbehörden usw. erhob. Dann wurde ein
Umzug veranstaltet.

Die Arbeitsmarktlage im Reich

3 116 000 Arbeitslose

Nach dem Bericht der Reichsanstalt für die Zeit vom 1. bis
15. Oktober 1930 ist auch in der ersten Hälfte des Monats
Oktober die Belastung der Arbeitslosenversicherung noch etwas
zurückgegangen. Immerhin hat sich die Zahl der Hauptunter-
stützungsempfänger nur noch um etwa 1400 verringert und
betrug sich am 15. Oktober auf rund 1 491 000. Im gleichen
Zeitpunkt wurden über 488 000 Kräftenerfüllte gezählt,
d. h. um etwa 16 000 mehr als am Anfang des Monats. Die
Gesamtbelastung beider Unterstützungsanstalten hat mithin
eine Zahl von rund 1 980 000 erreicht. Sie ist damit um etwa
14 000 höher als Anfang Oktober.

Die Meldungen verfügbarer Arbeitsuchender, die bei den
Arbeitsämtern am 15. Oktober vorlagen, beliefen sich auf
nahezu 3 184 000, von denen etwa 3 116 000 als tatsächlich
arbeitslos gelten können. Die starke Zunahme dieser Zahl
gegenüber dem vorigen Berichtsabschnitt — um rund 112 000
— ist zum Teil darauf zurückzuführen, daß die von den
Gemeinden unterstützten Volkshilfsdienstleistungen mehr als bis-
her von der Statistik der Arbeitsämter erfasst werden. Dem-
noch ist nicht zu verkennen, daß in der Gesamtentwicklung
ein weiteres Abinken des Beschäftigungsgrades stattgefunden
hat; mit Ausnahme von Kommern sind alle Bezirke von der
Zunahme der Zahl der Arbeitslosen betroffen.

Veneß über die Prager Demonstrationen

Im Außenministerium des tschechoslowakischen Abgeordneten-
hauses erklärte Außenminister Dr. Veneß zu der Frage des
Handelsvertrages mit Deutschland, es werde versucht, die Ver-
handlungen erneut aufzunehmen. Zu den letzten Prager
Demonstrationen sagte Dr. Veneß, daß sie die Tschecho-
slowakei geschädigt haben. Eine Demonstration ist Unor-
nung, die die Regierung nicht dulden kann. Wenn Demon-
strationen schließlich mit dem Einschlagen von Fensterscheiben
enden, so ist das nach unseren Gesetzen ein Verbrechen. Und
wenn die Fenster eines kulturellen Unternehmens eingeschla-
gen werden, so ist das eine Kulturbarbarei. Das hat mehr
Schaden angerichtet, als Monate oder Jahre feindlicher Pro-
paganda.

Tschiangkaiſchek zum Christentum übergetreten

Der Vorsitzende der chinesischen Nationalregierung, Mar-
schall Tschiangkaiſchek, ist zum Christentum übergetreten. Die
Taufe wurde Donnerstag nachmittags vollzogen. Sie hat in
Schanghai und Nanking großes Aufsehen erregt. Nach dem
wechselvollen Feldzug, aus dem Tschiangkaiſchek gerade jetzt
siegreich hervorgegangen ist, ist die Taufe ein Schlag gegen
die Kommunisten, die im Nankingtal Christenverfolgungen
veranstalten. Die Taufe bildet einen Präzedenzfall, der weit-
reichende Folgen für die Gestaltung der politischen Verhält-
nisse Chinas haben dürfte. Tschiangkaiſchek ist durch die
Taufe in die Methodistengemeinde aufgenommen worden.

Die Pensionierung Böh. In der Berliner Stadtdirektorien-
berammlung wurde mit 101 gegen 95 Stimmen ein deutsch-
nationaler Antrag angenommen, der eine ordnungsmäßige
Vorlage über die Pensionierung des Oberbürgermeisters Böh.
verlangt.

Löbe und Wirth vor dem Deutschen Beamtenbund

Eine Rundgebung in Berlin

Der Deutsche Beamtenbund veranstaltete am Donnerstag
in Berlin im Rahmen seines 7. Bundestages im Großen Fest-
saal bei Stoll unter außerordentlich zahlreicher Beteiligung
eine Rundgebung. Von der Spitze der Regierungsvertreter aus
Reich und Ländern waren Reichsminister des Innern Dr.
Wirth und der Staatssekretär im preussischen Staatsministe-
rium Dr. Weismann erschienen. Unter den anwesenden Ab-
geordneten befanden sich Reichspräsident Löbe und Ver-
treter des Präsidiums des Preussischen Landtags. Ferner
waren u. a. Delegierte der Reichsbahngesellschaft und des In-
ternationalen Arbeitsamts erschienen.

Der Bundesvorsitzende, Häsel, hat in seiner Begrüßungs-
ansprache die Presse, im Interesse der Befriedung der un-
gerechten Agitation gegen die Beamtenschaft entgegenzuwirken
und betonte nochmals die Bereitschaft der Beamten, daran mit-
zuhelfen, aus der großen Wirtschaftskrise herauszukommen. Der
Deutsche Beamtenbund sei willens, alles zu tun, was in seinen
Kräften stehe, um den deutschen Volksstaat vor jedem Ver-
such einer gewaltsamen Änderung seines verfassungs- und ge-
setzmäßigen Zustandes zu schützen. Es möge dieser Versuch
kommen, woher er komme.

Reichspräsident Löbe führte u. a. aus: Die Beamten
können mittragen an der Not des Volkes, wenn drei Bedin-
gungen erfüllt seien: 1. keine Ausnahmehandlung gegen-
über sonst gleichgestellten Volksgenossen, 2. Gerechtigkeit in
der Abstufung der zugemuteten Opfer und 3. Schutz der Be-
dürftigsten, also der untersten Schichten des Beamtenbundes.
Es sei eine Ungerechtigkeit, die hochbezahlten Privatangestell-
ten vom Notopfer freizulassen.

Reichsinnenminister Dr. Wirth, mit Beifallsstößen emp-
fangen, nahm das Wort zu einem Vortrag über „Das deutsche
Berufsbeamtentum im Volksstaat der Gegenwart“. Die Re-
gierung sehe wie ihre Vorgängerin in ihm ihre Hauptstütze
und einen treuen Verbündeten. Sie hätte sich zu solchen
Maßnahmen nicht entschließen, wenn sie eine andere Möglich-
keit zur Rettung der Lage gesehen hätte. Wo die Gesamtheit
in ihren Lebensbedingungen erschüttert werde, könne nicht ein
einzelner Berufsstand unberührt bleiben. Er glaube, daß es
in der Natur jedes loyal denkenden Beamten liege, daß er
eine starke Staatsautorität verlange, die auch die Fähigkeit
besitze, ihren Willen durchzusetzen. Er zweifle nicht daran, daß
der gegenwärtige Staat trotz der gewaltigen Schwierigkeiten
gerade in der Beamtenschaft eine seiner stärksten Stützen habe
und haben werde. Wir haben schon schwerere Zeiten durchge-
macht. Ich denke z. B. an die Frühjahrsmonate des Jahres
1920, an den Kapp-Putsch, wo nicht zuletzt die Beamten durch
ihre unvergeßliche Loyalität die junge deutsche Republik ge-
stützt haben.

Dem deutschen Berufsbeamtentum aber spreche ich gern an
dieser Stelle die volle Anerkennung der Reichsregierung aus,
daß es sich trotz aller Angriffe und Feindseligkeiten noch kei-
nen Augenblick vom Wege ruhiger Pflichterfüllung hat ab-
bringen lassen. Dies ist die Meinung des ganzen Reichs-
kabinetts (Lebhafte Rufe: Auch Stegerwald?). Ihre Ehre
als Beamte ist auch meine Ehre, Ihre Würde ist auch unsere
Würde und entspricht der Würde eines großen deutschen Vol-
kes (Großer Beifall).

Dem deutschen Berufsbeamtentum aber spreche ich gern an
dieser Stelle die volle Anerkennung der Reichsregierung aus,
daß es sich trotz aller Angriffe und Feindseligkeiten noch kei-
nen Augenblick vom Wege ruhiger Pflichterfüllung hat ab-
bringen lassen. Dies ist die Meinung des ganzen Reichs-
kabinetts (Lebhafte Rufe: Auch Stegerwald?). Ihre Ehre
als Beamte ist auch meine Ehre, Ihre Würde ist auch unsere
Würde und entspricht der Würde eines großen deutschen Vol-
kes (Großer Beifall).

Eine englische Anregung zum Waffenstillstandstag. Die
britische Regierung hat, wie Reuters meldet, bei den europäi-
schen Regierungen und der amerikanischen Regierung angeregt,
die Übung aufzugeben, bei offiziellen Anlässen Kränze bei
dem in den meisten Hauptstädten errichteten „Grab des unbe-
kannten Soldaten“ niederzulegen.

Kein Kurswechsel in Südtirol. Zu in der Presse unlaufen-
den widersprechenden Meldungen über die Stellungnahme der
Regierung zu der Frage des deutschen Privatunterrichtes in
Südtirol wird von unterrichteter Seite darauf hingewiesen,
daß das Verbot des deutschen Privatunterrichtes nicht aufge-
hoben worden ist und weiter auch deutsche Volksschulen nicht
zugelassen worden sind.

Die amerikanische Regierung und die Revisionsdebatten. Das
amerikanische Schatzamt erklärt, daß weder mit offiziellen noch
mit inoffiziellen Vertretern fremder Staaten Verprechungen
über die Revision der deutschen Schulden an Amerika statt-
fanden.

Dispens zur Heirat des Königs Boris. Der „Oscipatore
Romano“, das Organ des Heiligen Stuhles, veröffentlicht nä-
here Aufschlüsse zur Erteilung des Dispenses für die Heirat
des Königs Boris von Bulgarien mit der italienischen Prinzessin
Giovanna. Wie das Blatt meldet, sind zwei verschiedene
Gesuche an die Kurie gerichtet worden. Das eine verlangte
Dispens für die Eingehung einer gemischten Ehe, während
das zweite Gesuch um die Bewilligung ersuchte, die Trauung
in der Basilika von Assisi vorzunehmen. Beide Gesuche sind,
wie bekannt, bewilligt worden.

Sowjetbeamte verweigern die Rückkehr nach Moskau. Wie
„Populaire“ mitteilt, haben, dem Beispiel des Direktors der
Sowjetbank in Paris folgend, auch die Sowjetvertreter der
Sowjetkooperation und des Fischstraites es abgelehnt, der
Aufforderung der Sowjetregierung, nach Rußland zurückzu-
kehren, nachzukommen. Sie verlieren damit ihre Posten.

Kleine Chronik

Zu der gemeldeten Verhaftung des deutschen Prokuristen
Wegerer von der Zellstoff Waldhof AG. durch die Sowjet-
behörden an der russisch-finnischen Grenze wird mitgeteilt, daß
Wegerer bereits wieder freigelassen worden ist. Über die
Gründe seiner Verhaftung ist bisher bei Berliner amtlichen
Stellen noch keine Nachricht eingelaufen.

Ende dieser Woche wird der König von Siam in der Lage
sein, sich mit seiner Gesandtschaft in Washington telephonisch
zu unterhalten. Das Fernamt Berlin hat in diesen Tagen
versuchsweise eine Gesprächsverbindung Bangkok-Washington
hergestellt. Obwohl die beiden Städte mehr als 15 000 Kilo-
meter auseinanderliegen, war die Verständigung sehr gut.
Das Gespräch wird zum Teil über Fernkabel geführt. Es
handelt sich bei dem Gespräch um die längste Fernverbindung,
die bis jetzt hergestellt worden ist.

In der Entschuldigungsfrage der durch die große Hamburger
Phosgenkatastrophe Geschädigten soll die Entscheidung am
4. November d. J. verkündet werden.

Der Cuzhavener Trawler „Hardeithude“ hatte die Mann-
schaft des Motorzuges „Muta“, das Schiffbruch bei Island
erlitten hatte, dadurch zu retten versucht, daß er das Motor-
schiff ins Schlepptau genommen hatte. Auf der Fahrt nach
Rehjavik riß aber in der Nacht infolge des hohen Seeganges
das Schlepptau, und der Trawler konnte das Motorzuges nicht
wieder finden. Man befürchtet, daß das Motorzuges mit den
drei an Bord gebliebenen deutschen Matrosen gesunken ist.

Aus Mexiko kommen Meldungen über schwere Überschwem-
mungsschäden. Es ist auch der Verlust zahlreicher Menschen-
leben zu beklagen.

Aus den Ländern

Das bairische Finanzprogramm vom Haushaltsausschuss genehmigt. Im Staatshaushaltsausschuss des Bayerischen Landtags wurde die Vorlage der Regierung über die Sanierung des Haushaltes für 1930 in allen ihren Teilen einschließlich der Schlachtsteuer in der vorgeschlagenen Form in erster und zweiter Lesung angenommen. Die Regierung ließ auf eine Anfrage von sozialdemokratischer Seite mitteilen, daß sie bereit sei, mit den kirchlichen Behörden zwecks weiterer Verringerung der staatlichen Aufwendungen zu verhandeln.

Kommunistischer Mißtrauensantrag gegen Severing. Im Preussischen Landtag ist auch von den Kommunisten ein Mißtrauensantrag gegen den neuen preussischen Innenminister Severing eingebracht worden. Da nach den Bestimmungen der Verfassung ein Mißtrauensantrag binnen 14 Tagen zur Erledigung kommen muß, wird man sofort nach Wiederaufnahme der Plenarberatungen am 4. November mit einer großen politischen Aussprache rechnen dürfen.

Preußen und die Arbeitsnot. Wie der „Demokr. Zeitungsdiener“ erfährt, beabsichtigt die preussische Regierung, von sich aus zur Bekämpfung der Arbeitsnot beizutragen. Hierbei kommen eine Reihe Maßnahmen in Frage, die sich u. a. auf die Verlängerung der Schulpflicht, auf die Kürzung der Arbeitszeit, auf die Einschränkung der Beschäftigung ausländischer Arbeiter in Preußen und auf Meliorationsarbeiten in der Landwirtschaft beziehen. Die Bekanntgabe dieser Maßnahmen werde nicht mehr lange auf sich warten lassen.

Gegen überflüssige Einfuhr fremder Holzgerichte. Im Preussischen Landtag die deutsch-nationale Fraktion und ersucht die Regierung, angesichts der schweren Notlage der deutschen Forstwirtschaft auf die Verwendung nur deutscher Holzgerichte im Bauwesen hinzuwirken und für einen ausreichenden Holzschutz zu sorgen.

Schüler als Vereinsmitglieder. — Eine Neuregelung in Thüringen. Das thüringische Kultusbildungsministerium hat für die höheren Schulen eine Verordnung erlassen, wonach die Teilnahme der Schüler an Vereinigungen außerhalb der Schule der Verantwortung der Erziehungsbehörden überlassen wird. Die Schüler dürfen aber nur solchen Vereinen angehören, die sich nach Art und Betätigung nicht gegen den Staat oder die Verfassung richten oder strafrechtlich verbotene Ziele verfolgen. Wenn durch die Vereinszugehörigkeit die Leistungen des Schülers gefährdet werden, kann die Schulleitung im Einvernehmen mit dem Erziehungsbehörden die Mitgliedschaft aufheben. Zwischen unpolitischen und parteipolitischen Vereinen wird kein Unterschied mehr gemacht. Die Teilnahme an Wahlversammlungen ist nur Schülern im wahlfähigen Alter gestattet.

Der Reichspräsident empfing am Donnerstag in Gegenwart des Reichsministers Schiele die Abgeordneten Döbrich, Gerde und Hepp (Deutsches Landvolk) zu einer Aussprache über zu ergreifende Maßnahmen zur Linderung der Notlage der deutschen Landwirtschaft.

Der Reichstag beschloß am Donnerstag, gegen das von dem Reichstag verabschiedete Annehmegesetz keinen Einspruch zu erheben. Dagegen stimmten nur die Vertreter der Provinzen Hessen-Nassau und Sachsen. Weiter stimmte der Reichstag dem Gesetzentwurf zu, der die Reichsregierung ermächtigt, den Zinsfuß für die Aufwertungshypotheken, der ursprünglich bis zum 1. Oktober festgelegt sein sollte, mit Rücksicht auf die Verhältnisse am Kapitalmarkt später festzusetzen, und zwar bis zum 15. Dezember des Jahres. In einer Entschließung sprach der Reichstag den dringenden Wunsch aus, daß die Regierung schon vor dem 15. Dezember, sobald es irgend möglich ist, den Hunderttag festsetze.

Wegen Verleumdung des verstorbenen Reichsaußenministers Stresemann hat Rechtsanwalt Dr. Wilhelm Kunz (Berlin) im Auftrag von Frau Käthe Stresemann sowie deren Söhnen Strafklage gegen Dr. Diehl, den Führer der Krefelder Nationalsozialisten, erstattet. Dr. Diehl hatte u. a. während des Kampfes um das Volksbegehren 1929 in einer Versammlung die Behauptung aufgestellt, Dr. Stresemann habe für seine Bemühungen im Haag eine Vergütung von einer Million Reichsmark erhalten.

Badischer Teil

Versuchsringleitertag in Karlsruhe

Die Badische Landwirtschaftskammer hatte die Leiter und Assistenten der bäuerlichen Versuchsringe zu einer gemeinsamen Aussprache über Versuchsringfragen auf den 20. und 21. Oktober nach Karlsruhe eingeladen.

Der erste Tag begann mit einer Besichtigung des Karlsruher Schlachtviehmarktes. Dabei wurde den Teilnehmern besonders vor Augen geführt, welche Ansprüche heute an die Qualität des Schlachtviehs gestellt werden. Im Anschluß an die Besichtigung wurde von Landwirtschaftsrat Leonhardt von der Viehbetriebszentrale G. m. b. H., Karlsruhe, im Plenarsitzungsraum des Badischen Landtags ein Vortrag über die Mitwirkung der Versuchsringe bei der genossenschaftlichen Viehverwertung gehalten. An den Vortrag schloß sich eine Aussprache, in der auf die Schwierigkeiten hingewiesen wurde, die sich in der badischen Landwirtschaft bei der Umstellung der Mast mit Rücksicht auf die Eigenart des bäuerlichen Betriebes ergeben. Trotzdem aber müßte versucht werden, die Mast so einzurichten, daß die Qualität des Schlachtviehs den Anforderungen des Marktes und der Verbraucherschaft entspreche.

In einem weiteren Vortrag von Dipl. Landwirt Saaler, Karlsruhe, wurden die ersten Ergebnisse der Schweineleistungsprüfung dargestellt. Der Nachmittag brachte je einen Vortrag von dem geschäftsführenden Direktor der Badischen Landwirtschaftskammer, Dr. von Engelberg, über die Berücksichtigung der betriebswirtschaftlichen Verhältnisse bei der Wirtschaftsberatung, und von dem Leiter der Betriebsstelle beim Deutschen Landwirtschaftsrat, Dr. Fensch, über „Buchführung und Wirtschaftsberatung“. Es wurde besonders die Notwendigkeit hervorgehoben, in der Wirtschaftsberatung die betriebswirtschaftlichen Probleme entsprechend ihrer Bedeutung für die Landwirtschaft zu berücksichtigen. Eine der wichtigsten Voraussetzungen der betriebswirtschaftlichen Wirtschaftsberatung sei die landwirtschaftliche Buchführung.

Der zweite Tag wurde durch ein Referat des Landesökonomierats Ries, Müllheim, eröffnet. Der Redner entwarf ein anschauliches Bild über das Wesen, die Entwicklung und die Mannigfaltigkeit der Aufgaben der bäuerlichen Versuchsringe in Baden. Den Abschluß bildete eine Besichtigung des Versuchsrings und Lehrgutes der Badischen Landwirtschaftskammer sowie des Tabakforschungsinstitutes für das Deutsche Reich in Forchheim.

Die Oberheinkraftwerke

Beim neuen Rheinkraftwerk Rheingau-Schwärzstadt läuft die erste der vier 35 000-PS-Turbinen bereits mit Vollkraft. Ingenieure und Monteure beobachteten dabei genau die Arbeit dieser gigantischen Maschine, messen die Schwingungen, kontrollieren die Erwärmung der einzelnen Teile, die Leistung und den Wirkungsgrad und übernehmen die letzten Vorbereitungen zur Inbetriebnahme der zweiten Turbine. Der neu erzeugte Strom fließt der Freiluftstaltanlage zu, wo er auf vier Fernleitungen zu gleichen Teilen verteilt wird. Gegenwärtig wird auch die dritte Turbine zusammengekehrt und dann wird die letzte folgen, so daß im Laufe des Sommers 1931 alle vier den Betrieb aufnehmen können.

Zum Kraftwerkprojekt Birsfelden bei Basel, an dem sich der Freistaat Baden mit 42 Proz., der Kanton Basel-Stadt mit 50 Prozent und der Kanton Basel-Stadt mit 8 Proz. beteiligen sollten, wird mitgeteilt, daß man sich in Bern über die Abfindung Badens auf der Grundlage eines Verzichtes der Schweiz auf ihre Quote beim Kraftwerk Doggeron geeinigt habe, so daß nun Birsfelden ausschließlich schweizerisch und Doggeron ausschließlich deutsch sein wird. Die Gesamtproduktion des Birsfeldener Werkes wird bei 35 000 Kilowatt Maschinenleistung 307 Mill. Kilowattstunden betragen. Die Baukosten betragen 40 Mill. Schweizer Franken, die jährlichen Betriebskosten 4 Mill. Schweizer Franken. Der Bau soll vier Jahre dauern. Die Anlagen werden 1940 ihren Betrieb aufnehmen.

Ein unter Führung des schweizerischen Bankvereins stehendes Bankenkonzern hat eine Anleihe der Kraftwerk-Rhedingen-AG-Bahn im Betrage von 15 Mill. Schweizer Franken übernommen. Die Anleihe wurde jetzt zum Kurse von 99 v. H. zur Zeichnung aufgelegt. Sie ist zur Finanzierung des Baues des Kraftwerkes Rhedingen bestimmt. Die Rhedingen-Elektrizitätswerke und chemische Fabriken AG. Gampel und Basel übernimmt Solidarbürgschaft für Kapital und Zinsen. Der Zinsfuß ist 4,5 Proz. Das Kraftwerk Rhedingen wird das Gefälle des Rheins vom Stauehr des Kraftwerkes Eggenwil bis zum Rücklauf des projektieren Kraftwerkes Koblenz-Waldshut, d. h. auf einer aufgestauten Rheinstrecke von annähernd 12 Kilometern, ausnützen. Es wird eine installierte Leistung von 40 000 Kilowatt und eine Jahresarbeit von rund 215 Millionen Kilowatt haben.

Von der badischen Bienenzucht

Die badischen Bienenzüchter sind im Badischen Landesverein für Bienenzucht organisiert, der zur Zeit 126 Bezirksvereine mit 10 400 Mitgliedern umfaßt. Für die geistige und berufliche Förderung der badischen Züchter sorgt die Züchterschule des badischen Landesvereins in Heidelberg. Die Züchterschule wird auch durch die einzelnen Bezirksvereine gefördert. Eine sehr wichtige Aufgabe sieht der Landesverein in der Aufklärung seiner Mitglieder in bezug auf Seuchen und Seuchenbekämpfung. So wurden 1929 nahezu 5 000 Reichsmark für diese Zwecke verausgabt. Für 1930 wurden für diese Zwecke bisher 2 000 Reichsmark benötigt. Seitens der Badischen Landwirtschaftskammer wurden dem Landesverein 100 000 Reichsmark zur Verwendung für Züchterschule, Zuchtweesen und Krankheitsbekämpfung bewilligt.

Zum Schutze der Züchterschule hat die badische Regierung ein Bienenseuchengesetz erlassen, das unter dem 31. März 1930 im Gesetz- und Verordnungsblatt erschien. Nach § 1 wird die zu gewöhnliche Entschädigung für vernichtete oder eingegangene Bienenvölker aus der Staatskasse geleistet. Der Badische Landtag hat für die Ausführung des Gesetzes 25 000 Reichsmark bewilligt. Der Züchter wird zu keiner Umlage verpflichtet. Die Übernahme der vollen Entschädigung aus Staatsmitteln bedeutet ein großes Entgegenkommen gegenüber der Bienenzucht und ist begründet durch den hohen mittelbaren Nutzen derselben für den Obst- und Samenbau. Zur künftigen Krankheitsbekämpfung sind 21 Sachverständige vorgezogen. Dadurch ist einer Verschleppung der Seuchenerkrankung wirksam vorgebeugt. Unter dem 15. Juli hat der Minister des Innern einen Erlaß an die badischen Bezirksämter hinausgegeben, der die Bekämpfung der Bienenseuchen auf Grund der Verordnung erläutert und den 1. Oktober als Zeitpunkt des Inkrafttretens nennt.

Gemeinderundschau

Die Bleig- und die Beschlüsse des Kreises Heidelberg. Der Kreisrat Heidelberg beschloß, von dem vertragsmäßig auf den Kreis Heidelberg entfallenden Betrag des für die Nebenbahn Neckar-Rhein-Heidelberg-Süßenhardt für 1930 zu erwartenden Fehlbetrags, obgleich hierzu eine Verpflichtung nicht besteht, der Bleig sofort einen Vorschuß von 9000 RM zu zahlen unter der Bedingung, daß der Betrieb dieser Bahn vorerst aufrechterhalten wird. Die Gewährung eines Zuschusses für die Nebenbahn Wiesloch-Neckarstein-Heidelberg für 1930 wurde abgelehnt, weil der Kreis über diese Bahn mit der Bleig keinen Vertrag abgeschlossen hat. Eine grundsätzliche Vereinstilligkeit, durch jährliche Zuschüsse zur Erhaltung der im Kreis Heidelberg gelegenen Strecken der Bleig in den nächsten Jahren beizutragen, konnte der Kreisrat ohne Zustimmung der Kreisversammlung nicht abgeben. Dagegen erklärt sich der Kreisrat bereit, in unverbindlicher Weise hierüber zu verhandeln.

Die Angst vor der Zeit. Radio und Tonfilm haben die ohnedies nicht rosigste Lage der Berufsämter noch weiter ungünstig beeinflusst. Die Arbeitslosigkeit in ihren Reihen greift immer mehr um sich. Dies hat den Oberbürgermeister von Forchheim, Gündert, veranlaßt, sämtliche Beamten und Angestellten der Stadtverwaltung Forchheim die nebenberufliche Ausübung von Musik und die Erteilung von Musikunterricht gegen Entgelt zu untersagen. Nicht gering ist die Zahl der bedürftigen Familien, die sich durch das Zimmervermieten eine Einnahmequelle verschaffen müssen. Das ist heute gar nicht so leicht, man denke nur an das Überangebot von Zimmern. Der Oberbürgermeister hat deshalb den in Frage kommenden Beamten und Angestellten dringend nahegelegt, bis auf weiteres keine Zimmer mehr an Untermieter abzugeben, um so den Zimmermarkt zu erleichtern.

Zum Freiburger Klinikbau. Der Stadtverwaltung Freiburg ist es gelungen, eine Reihe von Bauarbeiten für die neuen Kliniken nach Freiburg zu bringen. Von den insgesamt zur Verfügung gestellten 744 000 RM werden Bauaufträge in Höhe

von 613 000 RM nach Freiburg kommen. Diese großen Bauaufträge werden dem Freiburger Baugewerbe eine weitere notwendige Belebung bringen.

Der Bürgerausschuss Stetten a. L. M. stimmt dem Vorschlag für das laufende Rechnungsjahr zu. Zur Deckung des ungedeckten Aufwands ist die gleiche Umlage wie im Vorjahre zu erheben, und zwar 95 Pf. vom Grundvermögen (ohne Wald), 119 Pf. vom Baldbvermögen, 88 Pf. vom Betriebsvermögen und 710 Pf. vom Gewerbevermögen.

Eine neue Markthalle in Singen. Die schon seit Jahren von der Bevölkerung angestrebte Errichtung einer neuen Markthalle soll jetzt in der Weise möglich gemacht werden, daß nach dem Ausbau der Scheffelhalle bei der nach die bisherige provisorische Turnhalle im Hofe der Eitelhardtschule als solche geschlossen und der Turnunterricht für die Schüler der Eitelhardtschule in die Scheffelhalle verlegt wird. Die bisherige Eitelhardtturnhalle soll Markthalle werden.

Aus der Landeshauptstadt

Jugendherbergen im Dienste der Kinderfürsorge. Die schönen Eigenheime, die der Gau Baden für deutsche Jugendherbergen an schönen Punkten unseres Landes errichtet hat, dienen nicht nur der wandernden Jugend als Übernachtungsgelegenheit. Ihre wenn auch einfache, so doch zweckmäßige Einrichtung hat eine Anzahl städtischer Fürsorgebehörden veranlaßt, sie für Zwecke der örtlichen Kindererholungs-fürsorge zu verwenden. So weilen auf dem Söhlberg jähraus, jährlich Kinder der Stadt Rehl, die kräftige Höhenluft, die gesunde Verpflegung, die sie genießen, wirken Wunder. In Singen weilen tagsüber bei Spiel und Erholung Kinder der Singener Fürsorgestellen. Wer den Jugendherbergen hilft, hilft den Fürsorgekindern, wer den Fürsorgekindern hilft, schafft Kapital der Zukunft. Hat und Ausflucht in allen Jugendherbergsfragen erteilt die Ortsgruppe Karlsruhe des Reichsverbandes für deutsche Jugendherbergen, Herr Hans Kiffel, Vorstr. 42.

Erdbebenmeldung. Die Seismographen des Naturwissenschaftlichen Vereins am Geodätischen Institut der Technischen Hochschule Karlsruhe registrierten heute nacht 1.53,2 Uhr einen Erdstoß in einer Entfernung von zirka 400 Kilometern.

Kommunistisches Versammlungsverbot. Eine auf nächsten Dienstag in der Festhalle einberufene kommunistische Versammlung mußte wegen Gefährdung des öffentlichen Friedens verboten werden.

Wiederverhaftung der Frau Maerke. Wie die Staatsanwaltschaft auf Anfrage mitteilt, ist das Urteil des Schwurgerichts Karlsruhe insoweit aufgehoben, als die Angeklagte Maerke freigesprochen worden ist, nebst den damit zusammenhängenden Feststellungen. Die Angelegenheit wird in diesem Umfang zur neuen Verhandlung an die Vorinstanz zurückverwiesen. Frau Maerke ist erneut verhaftet worden.

Ein Schwindler. Unter dem falschen Namen Dr. Rabenstein ist hier seit August d. J. als Geschäftsführer des von ihm ins Leben gerufenen Verein für geistige Kultur „Psyche“, ein gewisser Wittmann tätig gewesen. Die Kriminalpolizei hat den raffinierten Schwindler, der, wie die „Bad. Presse“ meldet, zahlreiche Karlsruher, besonders ältere Damen, um Tausende von Mark geschädigt hat, entlarvt. Wittmann hatte seine Schwindelkuren bereits in Halle und Kiel mit Erfolg durchgeführt und gründete hier den obengenannten Verein. Wittmann ist flüchtig.

Die Gedächtnisfeier für Lisagried Wagner. Für Siegfried Wagner, den kürzlich verstorbenen Meister, wird am Sonntag, den 2. November, im Landestheater eine Gedächtnisfeier veranstaltet werden, die die Generaldirektion gemeinsam mit dem Bayreuther Bund der deutschen Jugend macht. Dessen Vorsitzender, Christian Lorenz, wird die Gedächtnisrede halten. Es werden Musikstücke dargeboten aus Werken des verstorbenen Komponisten und solche seines großen Vaters. Nicht nur durch diesen bestehen besondere Beziehungen zu Karlsruhe, auch Siegfried Wagner selbst war durch starke Bande an unsere Stadt gebunden, in der er in seiner Jugend Architektur studiert hatte und in der einige seiner Opern ihre vielbeachtete Uraufführung erlebt haben.

Badisches Landestheater. Als Erstaufführung geht am Samstag, dem 25. Oktober, der alt-französische Schwan „Abbas Patelin“ (Maitre Pierre Patelin) in Szene, mit der beliebtesten „Farce“ des mittelalterlichen Theaters, deren Verfasser nicht als zweifellos festgestellt gelten kann, der sich aber als ein Geistesverwandter des deutschen Hans Sachs legitimiert. Kein Geringerer als Voltaire hat dem Stück und seinem Bearbeiter höchste Bewunderung gezollt und den „Meister Patelin“ den unterfindesten Erzeugnissen des französischen Theaters zugerechnet. — Als zweite Aufführung desselben Abends gelangt, von Fritz Knöller neu bearbeitet, des italienischen Komödiendichters Carlo Goldoni „Diener zweier Herren“ zur Darstellung. Das Stück erschien zuletzt vor rund 20 Jahren auf unserer Bühne. Max Reinhardt nahm es diesen Sommer in den Spielplan der Salzburger Festspiele unter jubelndem Beifall auf. Beide Werke werden von Felix Baumbach inszeniert, die Titelrollen sind mit Ulrich von der Trend (Patelin) und Hermann Brand (Truffaldino) besetzt. Die drei eingeleiteten Tänze sind von Harald Josef Fürttenau einstudiert und werden von Emma Loewner, Harald Fürttenau und Emil Widhult.

Wetterbericht der Bad. Landeswetterwarte, Karlsruhe. Die große atlantische Depression liegt schon nördlich von Island. Wir befinden uns heute morgen im Bereich ihres Vorder-seitenaufgleitens. Für morgen steht uns der Übergang zu Rückseitenwetter bevor. Wetterausblick: Unbeständig mit Regenschauern, kühl, zeitweise böige westliche Winde.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	24. Oktober		25. Oktober	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168.83	169.11	169.02	169.36
Kopenhagen 100 Kr.	112.19	112.41	112.24	112.46
Italien . . . 100 L.	22.945	22.985	21.955	21.995
London . . . 1 Pfd.	20.375	20.415	20.385	20.425
New York 1 D.	4.1935	4.2015	4.1955	4.2035
Paris . . . 100 Fr.	16.451	16.491	16.459	16.499
Schweiz . . . 100 Fr.	81.435	81.595	81.46	81.62
Wien 100 Schilling	59.135	59.255	59.165	59.285
Brag. . . . 100 Kr.	12.442	12.462	12.443	12.463

Ihre Kinder gedeihen prächtig . . . wenn Sie ihnen Milch mit Kaffee Hag geben!

Der Londoner Feingoldpreis. Nach einer Bekanntmachung des Reichsbankdirektoriums vom 22. Oktober d. J. beträgt der Londoner Goldpreis für eine Unze Feingold bis auf weiteres 85 sh 4, d bzw. für ein Gramm Feingold 32,7975 pence.

Der Privatdiskont wurde für beide Sichten auf 4% Proz. festgesetzt.

Herabsetzung der Landesgrundpreise für Rundholz? Der Bayer. Staatsrat, zufolge fanden sich die süddeutschen Staatsforstverwaltungen und Waldbesitzerverbände zu einer gemeinsamen Besprechung zusammen, die einer Herabsetzung der seit 12. September 1927 bestehenden Landesgrundpreise für Holz galt. Die Meinungen waren geteilt, schließlich wurde aber beschlossen, das bevorstehende Wintergeschäft abzuwarten, um danach einen Anhaltspunkt für das Maß der Ermäßigung der Landesgrundpreise (Tagen) zu erlangen, sofern nicht ein grundlegender Umschwung in der Lage des Holzmarktes eintritt. Für die wirklich erzielbaren Preise sind die Landesgrundpreise nicht verbindlich, weil sie eben nur allgemeine Maßzahlen darstellen.

Die beiden bayerischen Lokomotivfabriken. Die D.D.-Bank verhandelt über den Erwerb der Aktienmehrheit der Münchner Lokomotivfabrik Krauß u. Co. Das Paket ist im Besitz der Osterreichischen Eisenbahnverkehrsanstalt, in deren Aufsichtsrat die D.D.-Bank vertreten ist. Das Ziel des Erwerbs ist eine enge Zusammenarbeit mit Waffel und eine Rationalisierung der Münchner Lokomotivfabriken.

Die Einschränkung der europäischen Sulfitzellulosefabrikation. In Malmö (Schweden) hat eine Konferenz der deutschen, schwedischen, finnischen, norwegischen und tschechoslowakischen Zellstoffherzeuger den Beschluß gefaßt, die Zellstoffproduktion um 15 Proz. einzuschränken. In der nächsten Woche wird die deutsche Industrie in Berlin zusammentreten, um sich über die Einzelheiten der Durchführung klar zu werden. Sobald die gleichen Verhandlungen in den einzelnen Ländern beendet und das Einverständnis der beteiligten Industriellen gesichert ist, dürfte dann nochmals eine internationale Konferenz stattfinden, um dem Beschluß die endgültige Form zu geben.

Kurze Nachrichten aus Baden

St. Mannheim, 24. Okt. Auf dem Mannheimer Marktplatz formierte sich am Donnerstagabend eine größere Gruppe Erwerbsloser zu einem Demonstrationzug. Da Umzüge unter freiem Himmel verboten sind, griff ein größeres Polizeiaufgebot ein und zerstreute die Demonstranten. Dabei wurde auch vom Gummitrüffel Gebrauch gemacht. Es erfolgten etwa zwölf Festnahmen.

St. Tauberbischofsheim, 23. Okt. In dem benachbarten Gerchsheim brach in der mit Erntevorräten gefüllten Scheune der Witwe Thoma Feuer aus, das mit rasender Geschwindigkeit auf die Anwesen der Randwirte Graf, Kelling und Deer übergriff. Sämtliche Anwesen wurden in kurzer Zeit in Asche gelegt. Eine 80jährige Frau konnte nur mit Mühe gerettet werden. Der Schaden wird auf 50-60 000 RM geschätzt.

St. Lodenburg, 24. Okt. Der erste Hauptgewinn der Lodenburger Ausstellungslotterie im Werte von 1000 RM hat seiner eigentlichen Zweckbestimmung nicht zugeführt werden können. Der Gewinner des Loses, das die Nummer 11358 trägt, hat sich auch am letzten Tage der Gewinnauszahlung, am 22. Oktober, nicht gemeldet, so daß der Hauptgewinn verfallen ist.

St. Strübingen (bei Bruchsal), 24. Okt. Die Familie des Sattlers Boh erhielt die Nachricht, daß sich zwei Brüder der Ehefrau, Georg und Karl Mages, unter den Todesopfern der schweren Erntekatastrophe von Alsbach befinden. Die beiden Verunglückten, die verheiratet und Vater mehrerer Kinder sind, standen im besten Mannesalter von 29 und 31 Jahren.

St. Herrnsalb, 24. Okt. Am vergangenen Sonntag wurde in Herrnsalb bei Herrnsalb das neueröffnete Jugendferienheim des Bad. Erbg. Jungmännerbundes eröffnet. Der Vormittag bereinigte die Mitglieder des Bundes zu einem Dankgottesdienst in der Kirche in Dödel. Nach Übergabe der Schlüssel durch den Erbauer des Heimes, Architekt Mähle (Herrnsalb), wurde dieses für die allgemeine Befähigung freigegeben. Allenfalls hörte man Worte des Lobes und der Anerkennung für die Einrichtung des Hauses, das 60 bis 70 Personen Raum bietet.

St. Freiburg, 24. Okt. Zu der Feier des 25jährigen Bestehens des Verkehrsvereins für den Schwarzwald in Freiburg war eine Einladung auch an Stadtschultheiß Dr. Günne-Wein (Schwenningen) ergangen, der in einem Schreiben seine Glückwünsche übermittelte und betonte, daß die Verkehrsbeziehungen zwischen der an der äußersten Grenze des Landes Württemberg liegenden Stadt Schwenningen und der Stadt Freiburg, als dem kulturellen Mittelpunkt des ganzen Schwarzwaldes, auf das sorgfältigste gepflegt werden müssen.

St. Freiburg, 24. Okt. Auf Grund des Art. 123 Abs. 2 der Reichsverfassung und des § 30 des Bad. VerStVG sind bis auf weiteres für die Stadt Freiburg alle öffentlichen Versammlungen der Kommunistischen Partei und der Nationalsozialisten, auch solche in geschlossenen Räumen, wegen unmittelbarer Gefahr für die öffentliche Sicherheit verboten.

St. Freiburg i. Br., 24. Okt. Die für den Sonntag, den 16. November, geplante Zepelin-Landungsfahrt nach Freiburg i. Br. findet nicht statt. Bei der Fühlungnahme mit der Zepelinwerft hatte sich ergeben, daß ein anderer Termin als der 16. November in diesem Jahre nicht dafür frei gehalten werden könnte. Mit Rücksicht auf die am Sonntag, den 16. November, stattfindenden badischen Gemeindevahlen und wegen der sehr ungesicherten Bitterung ist es besser, die Landungsfahrt auf das nächste Jahr zu verschieben.

St. Freiburg i. Br., 23. Okt. Heute vormittag begann in Freiburg die Landwirtschaftliche Herbstwoche mit einem großen Pferdemarkt mit Stulensschau und Prämierung und einer großen Zuchtwiehschau. Soweit sich bis jetzt übersehen läßt, ist die Beteiligung an dieser Veranstaltung recht reger und auch der Besuch der oberbadischen Landwirtschaft ist sehr zufriedenstellend.

St. Feldberg (Schwarzwald), 23. Okt. Der gestrige Temperaturrückgang führte am gestrigen Tage zum zweiten Male in dieser Jahreszeit zu Schneefall.

St. Ludwigshafen a. Rh., 24. Okt. Kurt Adam, der Förder des Schuhmachers Dietrich, hat im Laufe seiner gestrigen Vernehmung, die sich noch lange ausdehnte, ebenfalls die Tat zugegeben. Er befragt im wesentlichen die Darstellung seines jüngeren Bruders, ohne diesen zu belasten.

Lebensbedürfnisverein

Solange Vorrat:

Schöne Tafeläpfel Pfd. 32 Rpf.

Schönste Gold- u. Jäger-Reinetten zum Einlegen Pfd. 36 Rpf.

Abgabe nur an Mitglieder

Bekanntmachung.

Der auf Dienstag, den 23. Oktober 1930, vormittags 9 Uhr hierher bestimmte Termin in der Zwangsversteigerungssache gegen Reinhard Pfeifer Baumeister-Witwe in Karlsruhe, Kaiserallee 70, findet nicht statt.

Karlsruhe, den 22. Oktober 1930.

Bad. Notariat 5 als Vollstreckungsgericht.

Bekanntmachung.

Der auf Dienstag, 4. November 1930, festgesetzte Termin zur Zwangsversteigerung des Hausgrundstücks Müppurrer Straße Nr. 102 in Karlsruhe ist aufgeschoben.

Karlsruhe, 30. Oktober 1930.

Bad. Notariat IV - Vollstreckungsgericht.

Anzeigen in der Karlsruher Zeitung (Bad. Staatsanzeiger) haben großen Erfolg!

Samstag, den 25. Okt. 1930

E 5. Th.-Gem. III. S. Gr. 1. Hälfte

Zum ersten Male

Advokat Patelin

Schwab von Brueys und Palaprat

Regie: Baumbach

Mitwirkende: Frauendorfer, Mademacher, Gufe, Graf, Höder, Kloeble, Mehner, Müller, v. d. Trenn

Hierauf: Neu einstudiert

Der Diener zweier Herren

Lustspiel von Goldoni

Regie: Baumbach

Mitwirkende: Berttram, Ahoff, Mademacher, Brand, Gemmede, Herz, Just, Kloeble, Kuhne, Mehner, Prüter, S. Kienischer, Luther

Anfang 20 Ende 22 1/2

Preise A (0,70-5 RM)

So. 26. 10. Nachmittags: Der Waffenschmied. Abds: Falstaff. Im Konzerthaus: Keine Vorteilg. No. 27. 10. Die Rabelungen. I. u. II. Akt.

Urteil

Schw. S. 5/30.

In Strafsachen gegen

Dr. phil. Otto Wader, Hauptschriftleiter aus Offenburg,

wegen Beleidigung.

Das Schwurgericht in Karlsruhe hat in der Sitzung vom 24. März 1930 für Recht erkannt:

Der Angeklagte, Redakteur Dr. Otto Wader aus Offenburg, wird wegen öffentlicher, durch Druckschriften verübter Beleidigung des Badischen Landtags zu einer Geldstrafe von

— sechshundert Reichsmark —

im Unvermögensfalle zu einer Gefängnisstrafe von einem Monat, und zu den Kosten des Verfahrens verurteilt.

Dem Badischen Landtag wird die Befugnis zugesprochen, den verfügbaren Teil des Urteils auf Kosten des Schuldigen durch je einmalige Einrückung in der Wochenschrift „Der Führer“ und in der „Karlsruher Zeitung“ innerhalb eines Monats von der Rechtskraft des Urteils an öffentlich bekanntzumachen. Die Veröffentlichung im „Führer“ hat in demselben Teil und in derselben Schrift wie der Abdruck der Beleidigung zu geschehen.

Die beschlagnahmten Exemplare des Jahrgangs 4 folge 3 vom 18. Januar 1930 der Wochenschrift „Der Führer“ werden eingezogen.

K. R. B.

Das Urteil, dessen vorstehende Abschrift hierdurch als richtig beglaubigt wird, ist vollstreckbar.

Die Rechtskraft ist am 3. Oktober 1930 durch Verkündung des die Revision des Angeklagten verwerfenden Urteils des Reichsgerichts vom 3. Oktober 1930 eingetreten.

Die Tat wurde im Bezirk des Amtsgerichts Karlsruhe verübt.

Karlsruhe, den 15. Oktober 1930.

Geschäftsstelle der I. Strafkammer des Landgerichts: Amelang.

Oeffentliche Sparkasse Scherzheim

Bilanz auf den 31. Dezember 1929

Vermögen	RM	Verbindlichkeiten	RM
Kassenbestand	4 827,44	Spareinlagen	290 605,32
Guthaben bei Banken, Girozent. und Postsparkamt	945,39	Giroeinlagen	10 245,97
Wechsel	7 257,50	Kontokorrenteinlagen	2 676,61
Darlehen a. Hypothek	161 876,86	Aufwertungs Spareinlagen	159 269,49
Darlehen in laufend. Rechnung an Priv.	169 688,20	Anlehenskapitalien	201 900,36
Darlehen a. Schuldschein	96 679,85	Rücklagen früherer Jahre	15 774,31
Darlehen a. Gemeinde	9 700,—	Reingewinn im Jahre 1929	6 060,54
Lombarddarlehen	1 020,—		
Landw. Sonderkredit	68 143,38		
Aufwertungsfordernngen	28 919,15		
Aufwertungsabrechnungs f.	121 962,21		
Einnahmerückstände	15 527,62		
	686 532,60		686 532,60

Berechnung der Rücklagen

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:

8% aus 303 527,90 RM Einlagen . . . = 24 282,23 RM

Sie beträgt auf Jahresabschluss 1929 . . . = 21 834,85 RM

Es fehlen somit noch . . . = 2 447,38 RM

Scherzheim, den 18. Oktober 1930.

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: Kienh, Bürgermeister.

Der Geschäftsleiter: Vertsch.

Oeffentliche Sparkasse Waibstadt

Bilanz per 31. Dezember 1929

Vermögen	RM	Verbindlichkeiten	RM
1. Kassenbestand am 31. XII. 29.	6 744,69	1. Spareinlagen	523 969,33
2. Postsparkamt	9 695,59	2. Aufwertungs Spar.	293 597,02
3. Wechsel	24 945,24	3. Banken	620,39
4. Betriebskap. b. Girozent.	13 700,—	4. Reichskredit	3 504,43
5. Guthaben b. Girozent.	28 815,27	5. Kontokorrent	26 447,72
6. Darlehen		6. Referevofonds	20 000,—
a) Schuldscheine	93 297,46	7. Verteilung d. Reingewinn	
b) Hypotheken	350 727,78	Aufwertung	1 762,86
c) Kaufschillinge	5 928,68	Referevofonds	8 000,—
7. Wertpapiere	8 025,—	Vortrag auf neue Rechnung	247,79
8. Aufwertungsfordernngen	174 194,86	8. Aufwertungs konto	73 247,04
Zuweisung b. lfd. Jahre	1 782,86		
9. Fehlbetrag z. Aufwertg.	37 787,26		
10. Mobilien u. Immobilien	3 567,—		
11. Aufwertungsabgleich	73 247,04		
12. Kontokorrent	118 759,65		
13. Banken	218,20		
	951 396,58		951 396,58

Berechnung der Rücklagen

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:

8 Proz. aus 523 969,— RM Einlagen . . . = 41 917,52 RM

Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1929 . . . = 28 000,— RM

Somit weniger . . . = 13 917,52 RM

Waibstadt, den 24. August 1930.

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: Spiegel.

Der Geschäftsleiter: Schäfer.

Spar- und Waisenkasse Sinsheim

Oeffentliche Sparkasse

Bilanz auf 31. Dezember 1929

Vermögen	RM	Schulden	RM
1. Verwaltungsgebäude	1,—	1. Spar- und Giroeinlagen	2 191 023,31
2. Darlehen a. Gemeinden	315 211,40	2. Aufw. Einlagen	432 190,46
3. Darlehen an Private auf Schuldschein	626 548,21	2a. Schulden bei der Landesbank	49 228,36
4. Darlehen auf I. Hypothek	317 735,—	3. Referevofonds	108 981,23
4a. Darlehen auf Sicherungshypothek	761 087,70	4. Reingewinn 1929	36 377,54
5. Guthaben bei Banken und Postsparkamt	21 949,45		
6. Wertpapiere	41 500,—		
7. Zinsrückstände	27 730,79		
8. Stützjinsen	3 336,30		
9. Rückst. Vetreibungslosh.	148,46		
10. Kontokorrentguthaben an Private	235 670,30		
11. Wechselbestand	21 809,86		
12. Zinsrückstände (Aufw.)	7 403,83		
13. Aufwertungs Kapitalien	203 229,45		
14. Aufwertungsabgleichs konto	217 600,80		
15. Kassenvortrag p. 31.12.29.	16 838,34		
	2 817 800,89		2 817 800,89

Gewinn- und Verlustrechnung

Verlust	RM	Vermögen	RM
1. Verwaltungskosten § 16b	16 960,34	1. Zinsen aus Kapitalien	201 194,66
2. Verwaltungskosten § 16c	6 908,73	2. Von Siegenschaften	950,—
3. Zinsen und sonstige Ausgaben	140 273,86	3. Von sonstig. Einnahmen	4 979,10
4. Kosten auf ertragbare Siegenschaften	103,29		
5. Kursrückgang bei Wertpapieren	6 500,—		
6. Reingewinn	36 377,54		
	207 123,76		207 123,76

Sinsheim, den 17. Mai 1930.

Der Verwaltungsrat: Bürgermeister Siedler, Vorsitzender.

Die Verwaltung: Edelmann, Sparkassenleiter.